

„Wunschdenken statt Realität“ – Industrie redet Klartext zum „Wirtschaftswunder“

Welt, 19.05.2023, Carsten Dierig

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus244850802/BDI-Chef-Viel-Wunschdenken-Russwurm-haelt-Scholz-fuer-realitaetsfremd.html>

Kanzler Scholz rechnet wegen der Energiewende mit einer neuen wirtschaftlichen Blüte. Die Einschätzung der Industrie fällt diametral anders aus: BDI-Chef Russwurm sieht schwere Zeiten auf den Standort Deutschland zu kommen. An die Politik hat er konkrete Forderungen.

Industriepräsident Siegfried Russwurm hält den deutschen Bundeskanzler für realitätsfremd. Unlängst noch hatte Olaf Scholz (SPD) von einem bevorstehenden neuen Wirtschaftswunder in Deutschland geträumt. „Wegen der hohen Investitionen in den Klimaschutz wird Deutschland für einige Zeit Wachstumsraten erzielen können, wie zuletzt in den 1950er- und 1960er-Jahren geschehen“, gab Scholz Anfang März zu Protokoll.

In der Mitte des 20. Jahrhunderts hatte es hierzulande bei Vollbeschäftigung jährliche Zuwachsraten von um die acht Prozent gegeben. Auf der weltgrößten Industrieschau Hannover Messe mahnt Russwurm, der den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als Präsident anführt, nun eine „realistischere Standortbestimmung“ seitens der Bundesregierung an und nennt die Aussage von Scholz „viel Wunschdenken statt Realität“.

Die Einschätzung des BDI zum Zustand des Wirtschaftsstandorts Deutschland fällt jedenfalls diametral anders aus. „Für dieses Jahr sehen wir ein Mini-Wachstum nahe der schwarzen Null“, kündigt Russwurm an. Und auch die Exporte blieben mit einem Anstieg von lediglich zwei Prozent vergleichsweise schwach.

Und auch für die Folgejahre zeigt sich der Manager skeptisch. „Das Investitionsverhalten der Industrie gilt als Frühindikator für den Zustand der Wirtschaft von morgen.“ Mittlerweile würden Unternehmen dreimal überlegen, ob sie hierzulande noch investieren.

Russwurms Urteil fällt dementsprechend hart aus: „Der Industriestandort Deutschland ist in einer kritischen Phase.“ Zwar meidet der BDI-Chef das Wort Deindustrialisierung. „Mit dem Begriff bin ich vorsichtig. Wir sehen aber, dass erhebliche Investitionen außerhalb Deutschlands getätigt werden – und zwar nicht mehr nur von den üblichen Verdächtigen, also den multinationalen Konzernen, sondern auch vom Mittelstand und von Familienunternehmen.“ Und das sei nicht nur eine Drohgebärde. „Das ist Realität.“

Russwurm sieht jetzt die Politik in der Pflicht. Sie müsse die Attraktivität des Standorts steigern und stärker als bisher dazu beitragen, dass sich Deutschlands Position nicht noch weiter verschlechtert.

Die Industrie wolle zwar investieren, brauche dafür aber bessere Rahmenbedingungen. „Wir brauchen Bürokratieabbau, spürbare Steuersenkungen sowie eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung.“

Hohe Energiekosten bereiten der Industrie Sorgen

Die hohen Kosten für Strom und Gas treiben auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) um. „Deutschland war schon immer ein Hochkostenstandort bei Energie. So absurd wie jetzt waren die Preise aber noch nie“, sagt Hubertus Bardt, der volkswirtschaftliche Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft am IW. Er sieht Deutschland in einer „veritablen Industriekrise“, allen voran im Bereich der energieintensiven Industrien.

Und das Preisproblem werde langfristig bestehen bleiben. Etwa beim Gas. „Natürlich war der Gaspreis zuletzt rückläufig, trotzdem ist er weiterhin auf einem hohen Niveau – insbesondere im Vergleich zu den USA.“

Und das hält Bardt für gefährlich. „Der aktuell niedrige Gaspreis in den USA ist ein Gamechanger, viel größer noch als der Inflation Reduction Act.“

Mit dem Inflation Reduction Act und den darin ausgelobten Milliardensubventionen locken die Amerikaner derzeit reihenweise Unternehmen und Investitionen aus aller Welt ins Land, auch aus Deutschland. Unter anderem BMW, Siemens Energy, Aurubis oder Schaeffler haben zuletzt angekündigt, bestehende Standorte in Übersee auszubauen oder komplett neue aufzubauen.

Den Maschinenbau indes zieht es bislang nicht verstärkt nach Amerika. „Es gibt keine breite Verlagerungsdebatte“, versichert Karl Haeusgen, der Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Vier von fünf Unternehmen hätten laut einer aktuellen Verbandsumfrage keine entsprechenden Pläne, wohl auch weil die Branche nicht zu den besonders energieintensiven Industrien gehört.

Gleichwohl ist der VDMA, der 2023 mit einem Minus von zwei Prozent beim Produktionsvolumen der Branche rechnet, alles andere als begeistert von der Wirtschaftspolitik in Deutschland. „Mit einer Politik, die die Industrie mit Regulierungen überhäuft und eben nicht auf unternehmerische Freiheit im Wettbewerb setzt, können wir nicht zufrieden sein“, schimpft Haeusgen.

„Wir stehen mitten in einer neuen, intensiven Standortdebatte, die wir auch mit großer Offenheit führen sollten.“ Deutschland und Europa müssten sich im globalen Wettbewerb mehr anstrengen, um mit anderen Weltregionen mithalten zu können.

Schneller Bau von LNG-Terminals

Für die Bundesrepublik mahnt der VDMA ebenso wie der Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) unter anderem weniger Bürokratie und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren an. Die schnelle Umsetzung von LNG-Terminals könne dabei nur der Anfang gewesen sein. „Das war das Hochschalten vom Stillstand in den ersten Gang“, sagt Haeusgen.

Weiterhin fordert er ein innovations- und investitionsfreundliches Steuersystem und angesichts des immer größer werdenden Arbeits- und Fachkräftemangels auch eine Debatte über verlängerte Wochen- und Lebensarbeitszeiten.

Unterstützung bekommen die Verbände von Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Zwar sieht er den schnellen Bau von LNG-Terminals als Beweis für das von Bundeskanzler Scholz beschworene neue Deutschland-Tempo. Dabei dürfe es aber nicht bleiben.

„Das Beispiel Wilhelmshaven zeigt: Alles ist eine Frage des Wollens“, sagte Weil beim Wirtschaftsforum des BDI am Rande der Hannover Messe. Jedenfalls könne bei künftigen Planungs- und Genehmigungsverfahren nicht mehr gesagt werden, dass es nicht geht.

Gleichzeitig plädiert er für eine aktive Industriepolitik, auch mit Subventionen. „Wir können nicht die Augen davor verschließen, was in anderen Ländern geschieht und dann in Schönheit sterben.“ Vor allem Energie müsse für die Wirtschaft in Deutschland billiger werden, etwa durch einen Industriestrompreis. Ansonsten drohen nach Aussage von Weil Abwanderungen. „Wenn wir die Dinge laufen lassen, dann werden sie laufen – aber nicht im deutschen Interesse.“